

# Warum der Lebenskostenindex steigt

Autor(en): **H.B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **23 (1948)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101955>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Städte St. Gallen und Zürich am Bau des Reschensee-Kraftwerks im Südtirol beteiligt und werden von dort im Winter 1949/50 Energie beziehen können.

Fest steht, daß uns schon im Winter 1948/49 etwa 350

Millionen Kilowattstunden zusätzliche Winterenergie zur Verfügung stehen werden. Man kann darum mit großer Zuversicht in die Zukunft unserer Elektrizitätsversorgung blicken.

## Warum der Lebenskostenindex steigt

*Auf unsern Artikel im Novemberheft ist uns unter andern folgende Entgegnung zugegangen, die wir hier zur Diskussion stellen.*

Da liest man – es war in Nr. 11 – einen Artikel «Warum steigt der Lebenskostenindex?» und bekommt vorgerechnet, daß die Nahrungsmittel «einen entscheidenden Einfluß auf die Teuerung hatten», und zwar vor allem die inländischen Produkte wie Fleisch, Butter und Käse. Die Landwirtschaft ihrerseits «beruft sich bei ihren Preisforderungen auf die Verteuerung der Bau- und Reparaturkosten». Und wahrscheinlich erinnern die Firmen, denen die Bau- und Reparaturarbeiten übertragen werden, daran, daß sie so hohe Löhne zahlen und darum so hohe Preise fordern müssen, weil die Fleisch-, Butter- und Käsepreise so enorm gestiegen seien.

Einer schiebt dem andern die Schuld zu, der Bauer schilt auf die Industrie, und die Industrie schilt auf die Bauern – eine komische Situation, die bald in Tragik umzuschlagen droht.

Es ist gut, wenn man das Buch der Erinnerungen aufschlägt, vielleicht das Jahr 1922 oder 1923. Da handelte es sich auch um eine Teuerung, es war drüben in Deutschland. Und

einer gab dem andern schuld – das Leben war schließlich so von Gehässigkeit erfüllt, daß im Rheinland und im Vorarlberg Bewegungen aufkamen, die mit Austritt drohten aus solch jämmerlichem Staatswesen.

Die Wohlmeinendsten erklärten, «die Franzosen an der Ruhr» seien schuld an der Teuerung (obzwar die Preise schon Jahre vor der Ruhrbesetzung zu steigen begonnen hatten und danach auch stabilisiert wurden, ohne daß die Franzosen aus der Ruhr abgezogen wären).

Nun, die Preise stiegen eben, weil der große Sachverständige, der Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein, Banknoten drucken und in den Verkehr schütten ließ, waggonweise, weit, weit über das hinaus, was etwa durch die Vermehrung der Gesamtproduktion gerechtfertigt gewesen wäre.

Das ist ja immer und überall die Schuld an jeder allgemeinen Preissteigerung: eine im Verhältnis zum Warenumsatz zu starke Geldzirkulation. Eine Eselei der Notenbank. Wer im Kleinen Knauer nachschlägt, findet eine noch einfachere Definition: «Inflation, Zunahme der im Verkehr befindlichen Zahlungsmittel über den wirtschaftlich begründeten Bedarf, dadurch Geldentwertung.»

H. B.

## UMSCHAU

### Wirtschaftliche Notizen

#### *Gebäudeversicherung im Kanton Zürich*

Der Zürcher Regierungsrat hat beschlossen, vom 1. Januar 1948 an die Schätzungssummen der Gebäude allgemein von 150 auf 175 Prozent, also um einen Sechstel, zu erhöhen. Es soll damit einerseits der Bauteuerung Rechnung getragen, und der Wiederherstellungswert wenigstens einigermaßen gesichert, andererseits vermehrte Einnahmen geschaffen werden, da die Prämie nicht herabgesetzt wird, sondern nach wie vor auf 0,45 Promille belassen bleibt.

#### *Angleichung der Altmieten in Schweden?*

Dem Vernehmen nach hat der Direktor des Schwedischen Genossenschaftsverbandes, Albin Johansson, die Anregung veröffentlicht, man solle, im Interesse einer «Neutralisierung des Geldüberschusses», die Altmieten erhöhen und gleichzeitig damit eine Sondersteuer auf den alten Hausbesitz zwecks Abschöpfung von Mehreinnahmen einführen.

### Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung

Alte und neue Freunde des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau haben im Bewußtsein der Notwendigkeit, eine einheitliche Plattform zur Erörterung der nach der Zerstörung deutscher Städte zahlreich auftauchenden Probleme des Wiederaufbaues zu schaffen, den «*Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung*» ins Leben gerufen. An seiner Spitze steht Staatsminister Binder, Wiesbaden, zu den Ehrenpräsidenten gehören die Ober-

bürgermeister von Frankfurt, Köln und München und der kürzlich verstorbene Altmeister des deutschen Städtebaues, Fritz Schumacher. Die Leitung des Verbandes liegt in den bewährten Händen von Frau Paula Schäfer, Ludwigsburg, die zugleich auch als Schriftführerin für die soeben herausgegebene Verbandszeitschrift «*Mitteilungen*» des Verbandes fungiert.

Die Preisgabe der deutschen Städte an den totalen Krieg